

**Stichwortartige Anmerkungen, Fragen und Forderungen zum Entwurf der
Endfassung des Managementplans zum SPA Schweriner Seen
(Textteil vom 17.3.2015)**
in Ergänzung der bisher schon vorgetragenen Kritikpunkte

1. In der Anlage fehlt der für diese Planung verwendete Teil der Anlage 13 zum Fachleitfaden für Managementpläne (MaP) in M.-V.. Da diese Anlage die wesentliche Vorgaben der Obersten Naturschutzbehörde MV zur Ermittlung der Habitats, Beeinträchtigungen und der Erhaltungszustände der untersuchten Zielarten liefert, ist diese Unterlage zum Verständnis des Managementplanes essentiell und muss aus meiner Sicht zwingend in die Anlage dieses Planes aufgenommen werden.
2. Auf Seite 102 sollte auch der Leitfaden für FFH-VP auf Bundeswasserstraßen (2008) erwähnt werden.
3. Im Kapitel II.1.5.2 fehlt der Hinweis auf die Forderung des OVG Greifswald (Urteil 17.3.2014 zum Schlossbuchtanleger Schwerin), dass auch die indirekten Beeinträchtigungen zu prüfen sind.
4. Die Maßnahmevorschläge zum Erstellen von Informationsmaterial erscheinen zu wenig konkret, der finanzielle Umfang dieser Maßnahmen zu gering (25 T€) für das gesamte Gebiet und in der ausschließlichen Adressierung an das StALU WM unzureichend. Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit zur Akzeptanzförderung des Planes und der anschließenden Maßnahmen-Umsetzungsschritte sehe ich hier erhebliche Defizite. Für die UNB sehe ich derzeit, keine Möglichkeiten für öffentlichkeitsrelevante Maßnahmen nach Empfehlung des MaP Fördergelder erfolgreich zu beantragen. Warum werden in diesem MaP keine weiterführenden Maßnahmen zur Erstellung von Informationsmaterial und Material für die Öffentlichkeitsarbeit vorgeschlagen, so wie es z.B. der Leitfaden zur Finanzierung von Natura 2000 der EU Kommission (GD Umwelt) tut? Warum wurde dieser Themenkomplex in keiner AG-Beratung in Cambs thematisiert?
5. Die bisher fehlende Option, der öffentlichen Vorstellung des Entwurfs der Endfassung mit anschließender Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme aller Interessierten innerhalb von 4-6 Wochen, wird auf erhebliche Akzeptanzprobleme in der Öffentlichkeit stoßen. In Baden-Württemberg wird diese Möglichkeit vor Veröffentlichung der Endfassung jedes MaP eingeräumt. Hier sollte dringend dem Beispiel aus B.-W. gefolgt werden. Die ausschließliche Beteiligung der betroffenen Behörden am 20.5.15 reicht nicht aus.

6. Auf der Seiten 98 und 118ff muss die Empfehlung (Forderung ?!) zur Abstandhaltung von der äußeren Röhrichtkante (...zu dichtes Vorbeifahren) konkretisiert werden. Mindestens sollte auf die, aus der Habitatabgrenzung einiger Zielarten abgeleiteten, 30m hingewiesen werden. Als Adressat für die Umsetzung dieser Maßnahme sind bisher nur die UNB genannt. Hier sollte auch die Wasserschutzpolizei ergänzt werden, die vor Ort deutlich präsenter und aktiver ist als die UNB.
7. Die Hinweise zu den Feuerwerken sind völlig unzureichend. Warum wurden keine Empfehlungen zu räumlich und zeitlich gestaffelten Entscheidungsoptionen entwickelt? Warum wurde das frühzeitig übermittelte Beispiel „Merkblatt Feuerwerkzonen Ammersee 2011“ nicht für eine angepasste Maßnahme - Empfehlung genutzt? Hier werden die UNB nicht ausreichend unterstützt. Der Hinweis auf bestehende Empfehlungen des LUNG ist völlig unzureichend.
8. Die Hinweise auf die Finanzierungsinstrumente für Maßnahmen zur Förderung des Wachtelkönigbestandes sind veraltet und fachlich unzureichend (Seite 131, 165). An dieser Stelle müssen bitte aktuell gültige Fördermöglichkeiten oder realistische Alternativen aufgelistet werden.
9. Nach meiner und der Einschätzung des Gutachters Dr. Mierwald (KIFL) liefert der vorliegende Plan keine ausreichende Grundlage für rechtssichere FFH-Verträglichkeitsprüfungen. Die vom LU vorgegebenen Kriterien zur Ermittlung der EHZ von Zielarten erscheinen uns weiterhin sehr problematisch.
10. Auf Seite 147 sollte die Wasserschutzpolizei als Adressat für die Durchsetzung der Verhaltensregeln für Wassermotorräder ergänzt werden.
11. Weitere Adressaten und Finanzierungsinstrumente für auf den Seiten 147-148 genannten Maßnahmen (Bodenprädatoren, Schilfförderung, Wasserskistrecke) müssen noch benannt werden.
12. Für die auf den Seiten 153 - 157 genannten Maßnahmen im Bereich des Schweriner Innensee (Störungsarmut und Wasservogeljagd) hat die UNB keine formale Zuständigkeit. Hier müssten vielmehr die Jagdbehörde und das WSA genannt werden.
13. Es fehlt der Hinweis im MaP auf die geplante Befahrensregelung des Bundes im Bereich der NSG auf der Bundeswasserstraße und mit dem LU getroffene Vereinbarung mit der UNB SN für die Inseln Kaninchenwerder und Ziegelwerder.